

PERSONALVERSAMMLUNG 2003

4. November, 9.00 Uhr, AUDI MAX (Unter den Linden 6)



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Personalversammlung im November 2003 steht ganz im Zeichen der Kürzungspolitik in Berlin und deren Auswirkungen auf die Humboldt-Universität. Konkret werden die vorgesehenen Strukturveränderungen und die tarifvertraglichen Bedingungen für Humboldtianer Gegenstand der Diskussion sein:

- Welche Ausgangsgrößen der Kürzungen fließen in die Planungen ein - 20, 30 oder wieviel Millionen Euro?
- Wie begründet das Präsidium die Planungen zur Reduzierung des Angebots der HU und welches Verfahren zur Beschlussfassung ist vorgesehen?
- Welches Ergebnis haben die Tarifverhandlungen für die Hochschulen?
- Was gilt für die Humboldt-Universität: Gehalts- und Arbeitszeitverkürzungen verbunden mit Kündigungsschutz?

Dass in der Personalversammlung andere Themen nur am Rande berührt werden können, ist klar. Daher soll im folgenden einiges an zusätzlichen Informationen zusammengefasst werden.

Personalratsinfos A - Z

Adlershof

Mit den Umzügen der Institute für Geographie und Psychologie sind die Naturwissenschaftlichen Institute bis auf das Institut für Biologie am Standort Adlershof vereint. Neben der mit den Umzügen verbundenen Verbesserung der Arbeitsbedingungen gibt es weiterhin Schwierigkeiten mit der Betriebsfähigkeit und der Einhaltung arbeitssicherheitstechnischer Vorschriften. Zur besseren Ansprechbarkeit in Adlershof hat der Personalrat ein Büro in der Rudower Chaussee 25, Johann von Neumann-Haus, Raum 326 eingerichtet (Telefon: 2093-5478, Fax: 2093-5483).

Beamte

Auch 2003 gehen die Verschlechterungen im Beamtenbereich weiter:

- Einführung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilferegulierung (jährliche Eigenbeteiligung der Beamten bis zu 770 Euro)
- Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden im Januar 2003 (Rücknahme der Erhöhung im Zusammenhang mit dem Tarifabschluss in Berlin und der Öffnungsklausel in den beamtenrechtlichen Vorschriften auf Bundesebene)
- Wegfall des Urlaubsgeldes ab 2004
- Kürzung der Zuwendung (sog. Weihnachtsgeld) auf 640 Euro ab 2003

Zur Zeit versucht der Senat über einen Eingriff in die Gebührenordnung der Ärzte, weitere Beihilfekosten auf die Beamtinnen und Beamten umzulegen. Ausführlichere Informationen zu diesen Komplexen finden Sie auf unserer Homepage.

Befristete wissenschaftliche Mitarbeiter

Die Leitung der HU hat unter dem Begriff "Projekt befristeter Mittelbau" einen Vorschlag zu den Beschäftigungsbedingungen der befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Diskussion gestellt. Demnächst wird der Personalrat eine ausführliche Stellungnahme zu diesem Thema formulieren. Zeitpunkt und Intention des Vorschlages erscheinen uns problematisch, da dieses Modell von der Absenkung der Bezüge zugunsten von variablen Zulagen ausgeht. Neben unbestritten vorhandenen Vorzügen würde das nach Umsetzung der beabsichtigten Kürzungen im tarifvertraglichen Bereich einen zusätzlichen finanziellen Verlust bedeuten.

Einkommensangleichungsgesetz

Die rechtlichen Auseinandersetzungen infolge der Entscheidung des Berliner Senats, im Tarifbereich Ost 1,41 % der Bruttoeinkommen zum Versenken im Haushaltsloch des Landes Berlin zu verwenden, haben auf der Ebene des Landesarbeitsgerichtes zu ersten Ergebnissen geführt. In allen Leitfällen sind die Entscheidungen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergangen. Trotz der erkennbaren Ausweglosigkeit beabsichtigt das Land Berlin, diese Fälle dem Bundesarbeitsgericht vorzulegen. Damit wird der für die Betroffenen vermutlich erfolgreich ausgehende Streit voraussichtlich erst Mitte 2004 entschieden sein.

Firmenticket

Die HU hat das Firmenticket mit dem Partner Verkehrsbetrieb Potsdam realisiert. Zurzeit nutzen 637 Beschäftigte und Auszubildende das Firmenticket. Der Personalrat wird nach Auswertung der ersten Erfahrungen an die Leitung der HU herantreten, um verbliebene Probleme (wie z. B. Ratenzahlung) in das Modell zu integrieren. Ansprechpartner in der Gehaltsstelle sind Frau Schreiner bzw. Herr Schumann (<http://www.rz.hu-berlin.de/firmenticket>).

Gleitzeit

Personalrat und Universitätsleitung haben Einigkeit über die Veränderung der Dienstvereinbarung Gleitzeit erzielt. Dabei sind sowohl die Rahmenbedingungen erweitert als auch größere Ausgleichsblöcke von Gleitzeitguthaben einvernehmlich geregelt worden. Die Nichtinkraftsetzung liegt an der Haltung des Präsidiums. Der Personalrat hat angeboten, im Falle von Konsequenzen aus dem Berliner Tarifvertrag (Arbeitszeitabsenkungen) notwendige Modifizierungen zeitnah mit der Universität zu verhandeln und in die Dienstvereinbarung einzuarbeiten.

VBL-Zusatzversorgung: Beanstandungen der Startpunktberechnung

Mit der Neuordnung der Zusatzversorgung im Öffentlichen Dienst sind zu Beginn des Jahres die Startpunkte für den Übergang vom alten zum neuen System neu berechnet worden. Gegen diese Berechnungen waren aus verschiedenen Gründen Einsprüche möglich. Inzwischen hat die VBL Neuberechnungen der Startpunkte verschickt. Die neuen Bescheide machen die alten Einsprüche unwirksam. Falls mit der Neuberechnung nicht alle Beanstandungsgründe ausgeräumt worden sind, müsste ggf. eine neue Geltendmachung innerhalb von sechs Monaten erfolgen. Diese könnte mit den bereits im ersten Einspruch aufgeführten Argumenten begründet werden.

Bitte informieren Sie sich auch laufend auf den Personalrats- und Gewerkschaftsseiten:

<http://www.hu-berlin.de/personalrat> • <http://www.gew-berlin.de> • <http://www.bb-verdi.de>